

# Schock statt Faden

Die Eingliederung von Einwanderern ist eine der wichtigsten Zukunftsfragen. Luxemburg hat darin einigen Nachholbedarf.

Wie soll eine geglückte Integration von Einwanderern aussehen? Wie soll sie gelingen? Ein Zusammenleben, geprägt von Respekt und Zusammengehörigkeitsgefühl, Chancengleichheit und Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben – der Staat ist gefordert. Und wenn dieser überfordert ist oder nicht seine Aufgaben erfüllt, helfen zivilgesellschaftliche Organisationen wie die Asti, die vor 40 Jahren gegründet wurde.

Als eine Voraussetzung für die Integration wird oft das Erlernen der heimischen Sprachen genannt. Hier greift die Asti – mit Sprachkursen – ebenso ein wie in anderen Angelegenheiten, ob mit Übersetzungen, der Hilfe bei der Arbeitssuche oder bei Behördengängen, mit ihrer „Agence culturelle“ ebenso wie mit ihrer Betreuungsstruktur „Kannernascht“. Seit 1979, als die Asti in der Nachfolge der Organisation „União“, die sich für portugiesische Einwanderer engagiert hatte, ins Leben gerufen wurde, hat sich viel geändert: Damals hatte Luxemburg rund 362.000 Einwohner, heute sind es mehr als 600.000 (laut Statec waren es ungefähr 613.000 im Januar 2019). 1979 belief sich der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung auf ein Viertel, heute auf nahezu die Hälfte. Dass der Ausländeranteil zuletzt wieder leicht zurückging, ist auf die Zunahme von Einbürgerungen und auf Modifikationen im Nationalitätengesetz zurückzuführen.

Die meisten Einwanderer in Luxemburg – jedes Jahr kommen 12.000 Einwohner hinzu – kommen als Arbeitsimmigranten. Als die Hauptursache für die Immigration hierzulande ebenso wie für die noch stärkere Zunahme der Zahl der Grenzgänger – etwa 200.000 und damit fast die Hälfte der Erwerbstätigen – gilt das Wirtschaftswachstum. Einen weitaus geringeren Teil der Einwanderer als die Arbeitsimmigranten bilden die Asylbewerber. Die erste nennenswerte, größere Flüchtlingswelle fand in den 1990er Jahren während der Balkan-Kriege statt. Seither schwankt die Zahl der Flüchtlinge. Auch für ihre Integration ist die Frage, eine Arbeit zu finden, mitentscheidend. Letzteres bestätigten Untersuchungen aus dem Ausland, so zum Beispiel die Studie „Wie gelingt Integration?“ der deutschen Robert Bosch Stiftung. Das Nachbarland war bekanntlich von der sogenannten Flüchtlingskrise im Jahr 2015 besonders betroffen.

**Dunkelhäutige Menschen gaben an, besonders bei der Job- oder Wohnungssuche benachteiligt zu sein.**

Dass die Piste „Integration durch Ausbildung und Arbeit“ besonders erfolgsversprechend ist, zeigen zum Beispiel die jüngsten Zahlen aus Bayern, einem deutschen Bundesland, das zwar stark von der damaligen „Flüchtlingskrise“ betroffen war, dessen Landesregierung jedoch stets einen restriktiven Kurs gegenüber den Flüchtlingen forderte. In dem Freistaat haben mittlerweile, vier Jahre nach der „Flüchtlingskrise“, 60 Prozent der Geflüchteten eine Arbeitsstelle, absolvieren eine Ausbildung oder ein Praktikum. Allerdings fällt das Ergebnis je nach Geschlecht unterschiedlich aus. Bei Frauen müsse mehr investiert werden als bei Männern, heißt es seitens der Bundesagentur für Arbeit.

Was die Integration der Immigranten betrifft, fiel Luxemburg als das Land mit dem höchsten Ausländeranteil in Europa relativ bescheiden aus. Dies ergab zumindest die sogenannte Mipex-Studie der „Migration Policy Group“ in Brüssel aus dem Jahr 2015. Gemäß dieser internationalen Untersuchung in insgesamt 38 Ländern belegte das Großherzogtum Platz 15, zwar vor Frankreich (17.), aber hinter Belgien (7.) und Deutschland (10.). In Betracht gezogen wurden dabei folgende





Eine Protestaktion der Asti – mit der aktuellen Präsidentin Laura Zuccoli am Mikrophon.

Bereiche: Zugang zum Arbeitsmarkt, Familienzusammenführung, politische Partizipation, dauerhafter Aufenthalt, Bildung, Naturalisierung, Schutz vor Diskriminierung sowie der Zugang zum Gesundheits- und Sozialversicherungswesen.

Die größten Defizite verzeichnete das Großherzogtum in den Gehaltsunterschieden zwischen Luxemburgern (im öffentlichen Sektor) und den Ausländern (im Privatsektor). Ausländer sind armutsgefährdeter, auch sind die Bildungschancen ihrer Kinder geringer. Letzteres bezeichnet der frühere Asti-Präsident Serge Kollwelter als eine der beiden Hauptursachen neben der Wohnproblematik (s. Interview S. 19). Als größte Ungleichheit machte die Mipex-Studie das sogenannte demokratische Defizit aus. Zwar hat die Reform des Nationalitätengesetzes – der leichtere Zugang zur luxemburgischen Staatsbürgerschaft sowie die Einführung der doppelten Nationalität – einiges erleichtert, die Teilnahme an den Nationalwahlen bleibt den Nicht-Luxemburgern nach wie vor verwehrt. Letzteres war eine der Forderungen der Asti. Doch das Referendum von 2015 ergab eine deutliche Ablehnung seitens der luxemburgischen Wählerschaft. Und das in einem

Land, in dem 61,2 Prozent der Einwohnerschaft einen Migrationshintergrund haben.

Auch wenn das Ministerium für Familie, Integration und Großregion Anfang des Monats (laut Pressemitteilung am 8. November) einen Aufruf für die Finanzierung von Projekten zur Förderung der Integration für das Jahr 2020 stellte, steckt die Integrationspolitik hierzulande „noch in den Kinderschuhen“, wie die revue in einem Kommentar vom März 2018 konstatierte, auch wenn das eigentlich dafür zuständige „Office Luxembourgeois de l'accueil et de l'intégration“ (OLAI) schon mehrfach reorganisiert wurde. Der Aufruf erfolgt übrigens im Rahmen des Nationalen Aktionsplans für Integration (PAN Integration) und gliedert sich in drei Aktionsbereiche: Studien und Forschungsarbeiten, Projekte zur Stärkung der Kompetenzen sowie Projekte zur Förderung der Teilnahme am kulturellen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben sowie zur Stärkung des Integrationsbewusstseins. Die Frist gilt bis 6. Januar 2020. Überhaupt habe es lange gedauert, bis der Aktionsplan ausgearbeitet wurde. Darauf wies auch der Historiker und Menschenrechtsexperte Jean-Paul Lehnert hin. Und er bedauert, dass das





Ministerin Corinne Cahen und Historiker Jean-Paul Lehnens bei der Konferenz „Being Black in Luxembourg“ im hauptstädtischen Cercle Cité Mitte November.

## Die größten Defizite verzeichnete das Großherzogtum in den Gehaltsunterschieden zwischen Luxemburgern und den Ausländern

„Centre pour l'égalité de traitement“ (CET) über zu wenig Mittel verfüge, um seiner Arbeit nachzugehen.

„Einen roten Faden“ in der staatlichen Integrationspolitik hat Asti-Präsidentin Laura Zuccoli (seit 2009 im Amt) nicht erkannt, wie sie in einem Interview mit der Wochenzeitung „woxx“ im November 2017 sagte. Daran hat sich seither nicht viel geändert. Die Auffangstrukturen seien für neuankommende Flüchtlinge im Vergleich zu früheren Regierungen besser geworden, konstatierte Zuccoli damals. Nachdem es keine Programme für eine weitere Integration gegeben habe, hätte die Zivilgesellschaft Druck gemacht. Mit dem Ergebnis, dass der „parcours d'intégration accompagné“ geschaffen wurde. Die Asti-Chefin wies zu Recht darauf hin, dass die Integration bei weitem nicht nur die Flüchtlinge betrifft: EU-Ausländer sind davon genauso konzernt.

Für Aufsehen sorgte vor einem Jahr das Ergebnis einer Studie der „European Union Agency for fundamental rights“ (FRA) zu Minderheiten und Diskriminierung.

Dabei hatte sich herausgestellt, dass ein Drittel der Menschen afrikanischer Abstammung und dunkler Hautfarbe sich in Europa in den vergangenen fünf Jahren rassistisch diskriminiert fühlten. Die Untersuchung in zwölf EU-Staaten ergab, dass in Luxemburg 52 Prozent der Befragtenangaben, rassistisch motivierte Belästigung erfahren zu haben. Nur Finnland hatte einen höheren Prozentsatz. Von rassistisch motivierter Gewalt sprachen elf Prozent, nach Finnland, Irland und Österreich der vierthöchste Wert. Dies habe vor allem im Arbeitsumfeld oder im Bildungskontext stattgefunden.

Dunkelhäutige Menschen gaben an, besonders bei der Job- oder Wohnungssuche benachteiligt zu sein. Rassismus aufgrund der Hautfarbe sei „eine beschämende Realität und allgegenwärtige Plage“ sagte FRA-Direktor Michael O'Flaherty bei der Konferenz „Being Black in Luxembourg“ am 13. November. Die Erfahrung rassistischer Diskriminierung bestätigten mehrere Personen aus dem Publikum, die sich zu Wort gemeldet hatten. Integrationsministerin Corinne Cahen zeigte sich „schockiert, dass es so etwas im Jahr 2019“ noch gibt. Und eine von den Kapverden stammende Frau berichtete, dass sie in der Schule diskriminiert worden sei. „Das war vor 15 Jahren. Seither hat sich nichts geändert.“ Und zur Ministerin gerichtet: „Wo waren sie in den letzten 15 Jahren, dass Sie das nicht mitbekommen haben?“ In puncto Integration, so vielfältig diese auch ist, gibt es noch einigen Nachholbedarf. Für manche – Immigranten oder Alteingesessene – führt die Integration sogar zu einem Kulturschock.

Text: **Stefan Kunzmann**

Fotos: **Jean-Claude Ernst, Julien Garroy (beide Editpress)**